Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarch 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053.

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 90. Donnerstag, den 18. April 1850.

Deutschland.

Stettin. Noch fehlt dem Erfurter Reichstage ein schöpferisches Wort, noch kann es nicht heißen: Es ward Licht. Dunkel und verworren gehen noch die Ideen durcheinander, und die Leidenschaften, nicht blos die edleren, sondern auch die unedleren gerathen in Gährung. Taucht einmal ein großer Gedanke auf, bringt einmal eine gewichtige Rede Verheißungen, deren Erfüllung man glaubt hoffen zu können, so machen die verschiedenartigen Bestrebungen das Entstehende wieder zu nichte, und man ist immer gleich weit vom Anfang und gleich fern vom Ziele. Unsre Regierung hat Mißtrauen geerntet durch ihre Vorschläge bei den Staaten, die ihrem Retterarm vertrauend, sich an Preußen anschließen wollten; man glaubte sich lieber auf die Gothaer Parthei stützen zu müssen, die eine En-bloc-Annahme durchsetzen will in der Meinung, nur hiedurch den Bundesstaat verwirklicht sehn zu können. Das preußische Ministerium will dennoch seine Hand nicht zurückziehen von dem großen Werke, es opfert seine Ansichten der Sache und vertraut, wenn nur überhaupt erst ein Boden gewonnen ist, schon dann auf demselben feststehen und das Gebäude zu weiterer Vollendung führen zu können. Wir haben hierbei nur das zu bedauern, daß in den preußischen Abgeordneten nicht durchgängig der vaterländische Patriotismus die Oberhand gewonnen hat, welchen die Majorität hegte, indem sie mit dem preußischen Ministerium Hand in Hand ging. Daß Letzteres Nachgiebigkeit zeigt, so weit es möglich ist, kann nicht zu seinem Nachtheil ausgebeutet werden. Was geschaffen werden soll, ist ja nicht sowohl das Werk eines genialen Mannes oder mehrerer, als vielmehr das Machwerk der Politik; bei allen seinen bisherigen Bestrebungen sieht das Ministerium doch die Möglichkeit, das Ziel zu erreichen, sich entrückt; es muß also politisch verfahren, sich nach den Umständen richten, wenn es überhaupt etwas erreichen will. Das Resultat eines solchen politischen Wettlaufes wird, wir bekennen es, kein solches sein, das in jeder Hinsicht befriedigen könnte, aber es wird wenigstens der Anfang von etwas Besserem sein. Wie stellt sich immer mehr die Schwierigkeit heraus, jetzt, nachdem das erste Feuer erloschen ist, einen lebensfähigen, wohlberechtigten großen Gedanken, wie es der eines einigen Deutschlands ist, zur Wahrheit zu machen, und wie groß ist die Verantwortung der Männer, in deren Hand zu günstigster Zeit die Verwirklichung dieser Idee lag, die aber durch ihr unkluges, ohnmächtiges und selbstsüchtiges Treiben die Idee getödtet haben! Es wird schwer halten, in Erfurt nachzuholen, was in Frankfurt verpfuscht ist.

Stettin. Mit Spannung und Neugierde blickt man nach den deutschen Herzogthümern, die noch immer nicht aus ihrem Schwanken zwischen Krieg und Frieden, zwischen Leben und Tod erlöst sind. Sie glauben sich von Preußen verlassen, aufgegeben, sie meinen der Vermittelung unserer Regierung nicht mehr zu bedürfen, auf dem kürzesten Wege wollen sie selbst mit Dänemark unterhandeln. Demgemäß konnte Bonin den Oberbefehl nicht mehr behalten und es ist natürlich, daß die unserm Heere angehörigen Offiziere ihrem Führer in die Heimath folgen. Wenn man vermuthete, die Kriegspartei habe durch die Berufung des Generals Willisen neuen Vorschub erhalten, so scheint diese Ansicht wenig begründet zu sein; so drohende Miene auch die Proklamationen zeigen, so weiß doch ein so gewiegter Taktiker, wie Willisen, sehr wohl, wie wenig das schleswig-holsteinische Heer in einem so schwierigen Kampfe vom Lande aus gegen einen Feind zur See auszurichten vermag. Wir glauben vielmehr, daß der General Willisen alle Anstrengungen machen wird, einen vermittelnden Weg auszufinden, um einen ehrenvollen, glimpflichen Frieden für die gedrückten Länder zu erlangen. Preußen kann und wird die Stellung, die es einnimmt, nicht verlassen, schon aus dem Grunde, um nicht andere gute Freunde einschreiten zu sehen, die gar gern die Hände hierbei im Spiele haben möchten. Aber wann und wie und was werden wird, das steht noch auf keinem Blatte geschrieben. Hier kann man sagen, ist ein zweites Erfurt und in Erfurt ein zweites Schleswig.

Berlin, 15. April. Eine am Abend des 13. d. der Bresl. Zeitung zugegangene telegr. Depesche meldet:

„Wien, 13. April. Oesterreich beantragt anstatt des Interims einen nächstens zusammen zu berufenden Kongreß der deutschen Regierungs-Bevollmächtigten. — Preußen verhandelt darüber."

— Nach der Br. Z. hat der Oberpräsident der Provinz Posen, Hr. v. Beurmann, nun zum zweiten Male in den bestimmtesten Ausdrücken um seinen Abschied gebeten. Er vor Allem habe die Idee einer Demarkationslinie angeregt und öffentlich vertreten, er habe den Polen gegenüber die Verpflichtung übernommen, wenigstens einen Theil der Provinz ihren nationalen Institutionen zu erhalten. Da er nunmehr durch die Einverleibung der ganzen Provinz in den deutschen Bund sich hierin von der Regierung entschieden desavouirt sehe, so habe er sich eben zu dem erwähnten Schritte bewogen gefühlt.

— Nach der Sp. Ztg. wird dem General v. Willisen vorläufig die Pension entzogen werden.

Berlin, 16. April. Se. Majestät der König hatten vorgestern Abend mit dem letzten Bahnzuge Sich nach Potsdam begeben, um das 1ste Garde-Regiment zu Fuß zu besichtigen. Gestern Morgen um 10 Uhr wurden zuerst die neuausgebildeten Mannschaften der Leib-Compagnie Sr. Majestät vorgestellt und die Compagnie speziell besichtigt, hierauf ward das ganze 1ste Bataillon von Allerhöchstdemselben besichtigt. Nach Beendigung des Exerzirens ritten Se. Majestät der 3ten und 4ten Escadron des Regiments Garde du Corps entgegen, welche am heutigen Tage in das Stabsquartier zum Regiments-Exerziren einrückten. Hierauf war Civil-Vortrag. Zur Tafel waren die Stabs-Offiziere des 1sten Garde-Regiments zu Fuß und sämmtliche Offiziere des 1sten Bataillons befohlen. Heute Morgen von 10 Uhr an haben Se. Majestät nach einander das 2te und das Füsilier-Bataillon besichtigt, hierauf Militair-Vortrag angenommen und Potsdam mit dem um 2 Uhr abgehenden Bahnzuge verlassen, um in Charlottenburg Ihre Königl. Hoheit die verwittwete Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin zu empfangen.

Berlin, 17. April. Es ist interessant, daß unter den verschiedenen Gesetzes-Vorschlägen, welche dem Erfurter Reichstage vorgelegt werden sollen, sich auch, wie wir hören, einer auf Anlegung von Telegrapenlinien in allen der Union beigetretenen Staaten befinden soll, damit dieselben, wenn auch durch Landestheile welche der Union nicht beigetreten sind, getrennt, dennoch verbunden seien, und mit dem künftigen Sitze der Unions-Regierung, als welchen man Berlin betrachten dürfte, in direkter Verbindung stehen.

— Unsere Polizeibehörde richtet jetzt eine besondere Aufmerksamkeit auf die Beschaffenheit unserer Droschken, von denen sich einzelne allerdings in einem sehr schlechten Zustande befinden. Namentlich haben die Calamitäten der vergangenen Jahre auf das Fuhrwerk sehr nachtheilig gewirkt. So ist in diesen Tagen vom Polizei-Präsidium einer der bekanntesten Droschkenbesitzer Berlins mit dem Verlust der Concession belegt worden, weil derselbe seine Droschken in einem zu schlechten Zustande erhalten hat.

— Glaubwürdiger Versicherung entnehmen wir, daß die Regierung von der Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens gegen den General von Willisen abstehen wird. (L. C.)

— Nach einer hier eingegangenen Meldung aus Köln ist Professor Kinkel dort eingetroffen. Wir knüpfen an diese Nachricht eine Gegenbemerkung gegen die Beschwerde der Urwähler-Zeitung, daß Kinkel in der Strafanstalt zu Naugard während der Zeit von einem halben Jahre nur zweimal Fleisch, immer ein halbes Pfund, erhalten habe. In Bezug auf diese barbarische Härte, wie es die Urwähler-Zeitung nennt, wird uns glaubhaft versichert, daß sowohl Kinkel als dessen Gattin schon seit Jahren aus physiologischen Gründen sich des Fleischgenusses eben so enthalten, wie dies bekanntlich Struve thun soll. (Voss. Z.)

Erfurt, 15. April. Sitzung des Volkshauses. Präsident Simon. Eröffnung um 10 Uhr.

Nach der Berichterstattung über die inzwischen vorgenommenen Wahlprüfungen wird ein Antrag der Abgeordneten Stahl, Triest und Genossen verlesen, welcher in Betreff der vorzunehmenden Revision zuerst eine General-Diskussion, dann eine Debatte über die einzelnen Paragraphen verlangt. Nachdem dieser Antrag in Folge der Erklärungen des Präsidenten beseitigt ist, und zwar trotz der Einwendungen des Abg. Triest und trotz der unparlamentarischen Aeußerungen des Herrn von Bismark-Schönhausen, welche ihm den Ordnungsruf des Präsidenten zuziehen, wird ein Antrag des Abg. von Bismark und Genossen verlesen, auf Beseitigung der Ausdrücke „Reich, Reichstag, Reichsgesetz ꝛc."

Der Herr Antragsteller erhält zuerst zur Begründung seines Antrags das Wort.

Abg. von Bismark: Die Ausdrücke Reich, Reichstag ꝛc. sind bereits durch die Additional-Akte abgeschafft. Faktisch besteht übrigens kein Reich mehr seit Kaiser Ludwig, der (wie in der Chronik von Spangenberg Fol. 95 zu lesen) „um der derzeit sehr überhand genommenen Schinderei der Fürsprecher und Zungendrescher ein Ende zu machen" den letzten Reichstag aufhob. Schaffen daher auch wir nicht nur vorläufig, sondern für immer diese Bezeichnungen ab.

Abg. Beseler weist nach, daß das Reich an die Stelle des alten Bundes und die Reichsverfassung an die der alten Bundesverfassung getreten ist. Die Additional-Akte sei nur transitorisch und gehöre nicht wesentlich zur Verfassung. Diese könne sich nur auf das ganze deutsche Reich außer Oesterreich beziehen.

Abg. von Gerlach beginnt ausführlich zu erläutern, daß es eine An-

maßung sei, jetzt noch bei Festsetzung irgend einer Constitution an das ganze, große, heilige römische Reich deutscher Nation zu denken. Dieses sei längst todt und durch den deutschen Bund ersetzt, der sehr heilsam auf Deutschland gewirkt habe. Der Bund beginnt eigentlich schon mit 1813. 1840 hat er die französischen Drohungen energisch zurückgewiesen; 1848 ist er freilich schmachvoll gefallen, aber nicht eher als die beiden Großmächte, von denen er unzertrennbar ist. Er ist **seitdem** durch die anderen Institutionen nur unvollkommen ersetzt worden. Man stützt sich bei Befürwortung solcher Ausdrücke auf das Nationalitäts-Prinzip. In Bezug hierauf sind wir niemals Virtuosen gewesen, und auch heute finde ich, so weit meine Beobachtung reicht, nirgend einen Drang, eine Sehnsucht nach Einheit, sondern gerade das Gegentheil. Man parallelisirt die Bewegung des Jahres 1848 mit der des Jahres 1813 in Bezug auf Nationalitätsschwärmerei; diese beiden Jahre stehen aber fast in allen Punkten einander gegenüber. Nach sehr weiten Rückgriffen auf die entferntliegendsten historischen und unhistorischen Momente, giebt der Redner, unter allgemeiner Heiterkeit, sein Votum dahin ab: er stimme dafür, daß alle Ausdrücke aus der Verfassung entfernt werden mögen, welche die Anmaßung in sich schließen, daß der Bund ganz Deutschland umfassen wolle.

Graf von Schwerin nimmt Akt davon, daß der Vorredner sich 1) über die Zerstörung der Verfassung in Mecklenburg und 2) über die zu erwartende russische Hülfe freut.

Abg. Sprengel berichtigt die Mecklenburg betreffende Behauptung des Herr von Gerlach dahin, daß die Revolution in Mecklenburg erst begonnen habe mit dem Erlaß der Bundes-Central-Kommission, welcher eine von dem Großherzog beschworene Verfassung in Frage gestellt habe.

(Der Schluß der Debatte wird angenommen.)

Sodann wurde §. 57 zu §§. 159, 160 vorläufig zurückgelegt. Ein Antrag des Abg. Stahl zu §. 61 des Entwurfs veranlaßt einige Bemerkungen des Berichterstatters Goltdammer und wird sodann von dem Antragsteller befürwortet. Derselbe sucht nachzuweisen, wie es die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland, wenn nicht unmöglich, so doch sehr schwierig machen, allgemeine Gesetzbücher über bürgerliches Recht, Strafrecht u. s. w. einzuführen, und erinnert dabei an die abgesonderte Stellung von Hannover und Württemberg. Abg. Beseler will gerade ein allgemeines deutsches Recht sogleich begründet wissen, nicht nur, weil ohne eine derartige Grundlage das verlangte Handels- und Wechselrecht gar nicht oder doch nur ohne genügende Wirksamkeit ins Leben zu rufen sei, sondern weil überhaupt durch Feststellung allgemeiner Rechtsgrundsätze die noch bestehenden Rechtsgegensätze in Deutschland (z. B. zwischen preußischem und rheinischem Recht) ausgeglichen werden können.

Obwohl Abg. Triest den Antrag des Abg. Stahl empfiehlt, wird er von der Versammlung abgelehnt.

Es kommt ein Antrag der Abgeordneten Bismark, Stahl, Gerlach &c. zur Diskussion, welcher Abänderungen der §§. 65, 67, 76, 77 und 83 bis 90 verlangt.

Mit demselben stehen zwei andere Amendements, welche ebenfalls den §. 76 betreffen, in Verbindung. Das des Abg. Fock und Genossen will nur den ersten Satz des §. 76 verändern, das von Wodiczka und Genossen den ganzen Paragraphen. Ueber alle diese Vorschläge wird eine gemeinschaftliche Diskussion eröffnet. Nachdem Berichterstatter Camphausen die Ausschußbeschlüsse mit wenigen Worten gerechtfertigt hat, ergreift Abg. von Bismark das Wort. Er will auf die staatsrechtliche Seite seines Antrages nicht eingehen, da einer seiner politischen Freunde dieselbe noch beleuchten wird. Er selbst beschränkt sich darauf, zu erklären, daß er und seine politischen Freunde lieber gar keinen Bundesstaat, als einen mit dieser Verfassung wollen. Den preußischen Abgeordneten hält er vor, daß sie, wenn der betreffende Verfassungs-Paragraph angenommen wird, bei der Rückkehr ihren Wählern eingestehen müßten, daß sie den König von Preußen hätten mediatisiren lassen; daß sie zugegeben hätten, 6 Millionen bevorrechtete Deutsche sollen über das Schicksal von 16 Millionen Minderberechtigten enscheiden. Und diese Minderberechtigten seien die Preußen. Diesem Unheil könne wenigstens theilweise durch Annahme seines Antrages vorgebeugt werden.

Bassermann: Alle diese Anträge entspringen einem System, das mit dem unsrigen nie zur Versöhnung kommen wird, das daher einmal in seiner Totalität beleuchtet werden muß. Die angeblichen Vertreter der alten Provinzen Preußens ehren die letzteren schlecht, wenn sie von ihnen voraussetzen, daß sie sich gegen die von ihrem eigenen Könige Deutschland vorgelegte Verfassung eventuell mit Gewalt erheben werden. Frankfurt sei viel und mit Unrecht geschmäht worden. Es bestehe aber eine eigenthümliche Aehnlichkeit zwischen der Frankfurter und der hiesigen Versammlung. Wie dort die deutsche Nationalität der Humanität zu Liebe vor dem Auslande verspottet wurde, so hört man hier von der anderen Seite das ganze Deutschland verwerfen, einem Theil zu Liebe. Wie dort das constitutionelle System vom demokratischen Standpunkte aus angefeindet wurde, so hier vom entgegengesetzten, wie denn der Abg. Stahl z. B. „parlamentarisch" und „Königlich" als Gegensätze betrachtet. Wie endlich dort der Atheismus sich emporbäumte, so wird auch dem Wort der heiligen Schrift entgegengearbeitet, daß Alle mit gleichem Maß gemessen werden sollen, Hohe und Niedrige. Diese Partei führe fortwährend die Freiheitskämpfe zu ihren Gunsten an. Diese aber hätten wesentlich zu ihrem Inhalte gehabt nicht nur die Erringung der äußeren, sondern auch der inneren Freiheit Deutschlands. Daß letztere nicht damit gewonnen wurde, sei damals vielfach (unter Anderen von Gneisenau) tief beklagt worden. Jetzt aber sprechen alle Parteien von Freiheit, und jede verstehe sie anders. Ja, die bezeichnete Partei behauptet sogar, Deutschland sei seit Jahrhunderten ein freies Volk gewesen, Deutschland, das unter Raubrittern, Foltern, Frohnden und Gesetzlosigkeiten aller Art schmachtete. Die umgestürzte Säule jener Rechtszustände wollen wir doch nicht wieder aufrichten! Wir hätten das Schlimmste gethan, was wir hätten thun können, wenn wir in der vorigen Woche den Rathschlägen gefolgt wären, die uns die Abgeordneten der Rechten gaben. Sie verlangten die Revision und suchten sie als möglichst unschädlich darzustellen. Jetzt endlich treten sie mit ihrer wahren Meinung hervor, und wir erkennen jetzt, wessen wir uns zu versehen gehabt hätten, wir können daher doppelt froh sein. Auch die Heftigkeit jener Partei giebt mir Trost; denn hier wie in Frankfurt war ich immer überzeugt, daß es mit unserer Sache gut stände, wenn die Feinde recht böse wurden.

Abg. Fock begründet seinen Antrag. Abg. Schulz verzichtet auf die Motivirung seines Amendements.

Abg. Stahl weist die „Philippika" des Abg. Bassermann gegen ihn und seine politischen Freunde zurück. Sie habe keinen Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrage gehabt; es sei eine gegen ihn ausgearbeitete Rede, die früher gehalten werden sollte und erst heute angebracht werden konnte. Den mir hingeworfenen Fehdehandschuh nehme ich auf. Wir verleugnen unsere Prinzipien nicht, aber als die Gegner derselben betrachten wir nicht die demokratische, sondern die liberale Partei. Von ihr sind alle jene Institutionen ausgegangen, welche an Stelle des natürlichen Organismus das System der Wahlen und der Zahl gesetzt haben. Von der acuten Krankheit der Demokratie wäre Genesung zu hoffen, aber der chronische Liberalismus höhlt wie Merkur die Knochen aus, so daß sie einem zweiten Sturm schwerlich widerstehen werden. Es ist dieser Partei wie dem Zauberlehrling gegangen, der Kräfte entfesselte und das Wort, sie zu bannen, vergessen hatte. Sie rief: „Repräsentation, allgemeine Wahlen, Majoritäten u. s. w. Aber das Wasser stieg immer höher — bis an den Hals. Da sprach in Wien und Berlin das richtige Bannwort „Autorität" — und der Spuk verschwand. Dies sei das einzig richtige Prinzip, und ihm folgend trete er dem Bismarkschen Antrage bei.

Abg. Riesser rechtfertigt mit beredter Begeisterung den deutschen Liberalismus gegen die Angriffe des Vorredners, indem er namentlich darzuthun sucht, wie gerade Preußen immer nur in dem Maße Deutschlands Anerkennung gefunden hat, als es den Prinzipien der Geistesfreiheit, der Aufklärung des Liberalismus huldigte. Jene antiliberalen Prinzipien, die hier im Gewande des spezifischen Preußenthums auftreten, haben freilich auch außerhalb Preußen Sympathieen, aber nur solche, welchen es auf Verhinderung des Bundesstaates ankommt; jene außerpreußischen Freiheitsfeinde haben mit den preußischen das Schwarz gemein, tragen aber statt des lichtvollen Weiß die Farbe der Falschheit, Gelb, im Herzen und an den Fahnen. Auch wir wollen, wie sie, den Schwerpunkt der Gewalt in die Krone legen, aber eben nicht außerhalb der Verfassung, sondern innerhalb derselben. Wir wollen nicht, daß sie im Stande sei, nach Belieben die ganze Verfassung wieder über den Haufen zu werfen. Wir haben damals in Frankfurt eine stärkere Spitze gewollt. Wir haben das absolute Veto und ein Fürsten-Kollegium erstrebt. Wir sehen diese Konzessionen an den Partikularismus mit Trauer, müssen aber jetzt darauf Verzicht leisten, ihnen entgegenzutreten.

von Radowitz: Ich ersuche Sie, der Umwandlung des Fürsten-Kollegiums in einen Vereinsrath nicht Ihre Zustimmung zu geben. Im Namen der preußischen Regierung weise ich alle Aenderungen zurück, aus welchen man auf Mediatisirungsgelüste Preußens schließen könnte.

Nachdem die Herren von Bismark und von Gerlach sich gegen einzelne Mißverständnisse ihrer Aeußerungen von Seiten des Abgeordn. Bassermann verwahrt haben, wird der Schluß der Diskussion angenommen, und es erhält das Wort

Berichterstatter Camphausen. Er widerlegt nach einander alle zu Gunsten der einzelnen Abänderungsvorschläge vorgebrachten Gründe und erwähnt namentlich, daß manche Einwände gegen die Ansicht des Ausschusses durch die eingebrachten Abänderungs-Anträge keinesweges beseitigt würden. Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag des Abgeordn. von Bismark und Genossen zu §§. 65, 67 &c. wird mit großer Majorität abgelehnt. Desgleichen der Antrag des Abgeordn. Fock. Der von Wodiczka (für welchen auch von Radowitz und die preußischen Minister stimmten) ebenfalls.

Es kommt der zweite Antrag von Fock: auf Wegfall des §. 68, zur Diskussion. Nachdem der Antragsteller seinen Antrag motivirt und sonst Niemand das Wort ergriffen hat, wird der Antrag abgelehnt.

Für den Antrag des Abgeordneten Stahl, welcher eine dreijährige Finanz-Periode und für den außerordentlichen Etat die Bewilligung der Häuser fordert, spricht der Abgeordnete Reichensperger. Es dürfe nicht alle Gewalt in einer Hand liegen. Das absolute Steuerverweigerungsrecht sei nicht mehr blos eine Garantie gegen Mißbrauch der Macht, sondern gehe darüber hinaus, es sei eine Demüthigung der Krone, eine Vernichtung ihrer Gewalt. Im englischen Parlamente denke Niemand daran, von dem Steuerverweigerungsrecht so Gebrauch zu machen, daß man das Budget nicht bewillige. Man begnügte sich dort mit der Demonstration, etwa 100 Pfd. zu streichen. Auch in Hannover sei ein ähnlicher Gebrauch. Man dürfe die Regierung nicht unmöglich machen können. Daher stimme er für den Stahlschen Antrag.

Graf Schwerin erkennt den Stahlschen Antrag als einen Satz derjenigen Doktrin an, welche formell die äußere Schaale des Constitutionalismus unversehrt beibehalten wolle, die aber mit bewunderungswürdiger Geschicklichkeit den ganzen Inhalt herauszuschälen und die Form auszuhöhlen wisse. Königlich und parlamentarisch seien keine Gegensätze. Sie gehören so sehr zusammen, daß man vergebens versuchen würde, eine starke Macht zu gründen, wenn nicht auf der Basis eines freien und selbstständigen Volkswillens, und umgekehrt würde allen Volksfreiheiten die Dauer abgehen, wenn sie nicht unter dem Schutz einer starken Exekutivgewalt stehen. — Dieser Antrag beeinträchtigt aber das wesentlichste Recht der Volksvertretung in erheblicher Weise. Uebrigens handle es sich hier lediglich um Matrikular-Beiträge, so daß die gewöhnliche Appellation an das Interesse der unteren Volksklassen hier nicht Platz greift. Ich stimme entschieden gegen den Stahlschen Antrag. Abg. Triest spricht für den Stahlschen Antrag.

Abg. von Beckerath spricht sich gegen den Stahlschen Antrag und namentlich gegen die Aufstellungen des Abg. von Bismark aus. Alle schon vielfach berührten Punkte wurden scharf und schlagend von dem Redner nochmals hervorgehoben. Zur Rechten gewandt schloß er mit den Worten: „Meine Herren! Wenn Sie den Bundesstaat nicht wollen — und Sie wollen ihn nicht — so sagen Sie es gerade heraus; wir werden Ihre Ansicht achten. Aber muthen Sie uns nicht zu, aus dem Bundesstaate eine Reactionsmaschine zu machen, wie Sie ihrer bedürfen."

Abg. Stahl hält es noch einmal für nothwendig, auf die während der Diskussion nothwendig gegen ihn gerichteten Angriffe zu antworten und seine schon vielfach dargelegten Prinzipien nochmals zu verdeutlichen. Bei Beantwortung eines vom Grafen Schwerin gegen ihn gerichteten Angriffs entstellt er dessen Worte und behauptet, er habe der Stahlschen Partei vorgeworfen, daß sie aus der Monarchie den Kern, den Monarchen, herausschäle. (Auf diese von der äußersten Rechten beklatschte Entstellung antwortet Graf Schwerin später mit einer thatsächlichen Berichtigung.) In Betreff der Beziehungen, welche man auf die englische Verfassung ge-

nommen, sagt der Redner, er habe in der Schule ein italienisches Sprüchwort gelernt, welches besage, „ein lateinischer Bock sei ein italienisches Wort.“ Das sei gerade auch das Verhältniß zwischen dem englischen und deutschen Constitutionalismus. Was dort ein Auswuchs, ein Fehler sei, gelte bei uns als constitutionelles Gesetz. In Betreff des ihm so oft vorgeworfenen Gegensatzes zwischen „Königlich“ und „parlamentarisch“ behauptet er, daß in Preußen zwar der Form nach eine parlamentarische Staatsform bestehe, aber dem Wesen nach eine Königliche. Wenn letztere nicht stattfände, so hätte das November-Ministerium schon sehr oft abtreten müssen. Sein Fortbestehen sei ein Beweis dafür, daß wir in der That eine rein Königliche Regierung haben.

Nachdem schließlich noch der Berichterstatter Camphausen sich gegen die eingereichten Verbesserungs-Anträge, so wie gegen deren Begründung, ausgelassen und der Kommissarius des Verwaltungs-Raths Vollpracht eine faktische Berichtigung ausgesprochen, wird zur Abstimmung geschritten. Alle drei, die Budgetbewilligung betreffenden Abänderungs-Anträge der rechten Seite werden von der Versammlung verworfen; der Antrag von Stahl mit 146 gegen 62 Stimmen abgelehnt, der Ausschußantrag zu 101 Nr. 6 angenommen.

Erfurt, 16. April. Gestern Abend fand im Hotel Silber eine Fraktions-Versammlung von Mitgliedern des Staatenhauses statt, welche sich über die Frage der Annahme der Verfassung en bloc besprochen. Es wurde zuletzt die Zahl derjenigen durch Namensaufruf ermittelt, welche für die Blockannahme stimmen werden; es waren 48, mithin bereits die Majorität.

Erfurt, 16. April, Nachmittags 4 Uhr 50 Minuten. (Tel. Corr.) In der heutigen Sitzung des Volkshauses wurde die Einzelberathung der Verfassung bis §. 143 fortgesetzt. In allen wesentlichen Punkten wurden die Anträge der Linken angenommen, dagegen einschränkende Amendements der Rechten, das Reichsgericht und die Habeascorpus-Akte betreffend, verworfen, eben so ein Entwurf Gerlachs, die Grundrechte betreffend. Morgen Fortsetzung der Debatte im Volkshause und Sitzung des Staatenhauses.

Hannover, 14. April. Die seit längerer Zeit wo nicht gänzlich abgebrochenen, doch jedenfalls sehr ins Stocken gerathenen Unterhandlungen mit Preußen über die Anlage der Westbahn sind erfreulicher Weise von der preußischen Regierung seit Kurzem wiederum aufgenommen worden und, wie uns versichert wird, in einer Weise, die über die ernstlich gemeinte Förderung dieses, für den nördlichen und westlichen Verkehr Deutschlands hochwichtigen Unternehmens kaum einen Zweifel zuläßt. Es ist zu erwarten, daß diese erwünschte Wendung der Dinge zugleich eine günstige Rückwirkung auf die zeitweilig ruhenden Verhandlungen, bezüglich der Südbahn, äußern werde, deren Ausführung bekanntlich durch den Widerspruch Braunschweigs, dessen Gebiet durch diese Bahn gestreift wird, seither unter einigermaaßen gesuchten, jedenfalls unerheblichen Vorwänden verhindert wurde. Diesemnach ist also Aussicht vorhanden, daß vor der Vertagung der Kammern die Südbahn- wie die Westbahnfrage insoweit zur Erledigung gelangen werden, daß man zum Beschluß kommt, ob eine oder beide der bezeichneten Bahnen überhaupt zur Ausführung kommen sollen, und welcher derselben im letzteren Falle die vorwiegende Bedeutung und der sofortige Angriff zuzusprechen sein wird.

Leipzig, 10. April. In Folge des Aufrufs in der Berliner allgemeinen Kirchenzeitung, in Betreff einer Pfennigsammlung zum Bau einer evangelischen Kirche in Rosenberg in O. S. ist auch in Leipzig eine solche Sammlung veranstaltet worden, die binnen kurzer Zeit die schöne Summe von 165 Rthlr. eingetragen hat.

Hanau, 12. April. Nach einigen vorläufigen Verhandlungen über die Glaubwürdigkeit einzelner noch geladener Zeugen, welche später abgehört werden sollen, wurde in der Sitzung der Assisen von heute Morgen das gestern abgebrochene Zeugenverhör fortgesetzt. Die ersten beiden Zeugen bringen durchaus kein Novum und haben, soweit die Ermordung selbst in Frage steht, nur die Schüsse fallen hören; nur eine Magd sagt aus, daß der vierte Schuß von einem Manne in Turnerkleidung abgefeuert sei. Der dritte Zeuge, Pillet, ist, als Auerswald schon ermordet war, in den Schmidt'schen Garten gekommen und hat für Lichnowsky gebeten; ein blasser Mensch habe ihm eine Reiterpistole auf die Brust gesetzt und zu schießen gedroht, wenn er nicht schweige. Als Lichnowsky herausgeschleppt wurde, eilte er an die Hanauer Eisenbahn und forderte Hülfe von einem dort postirten kurhessischen Hauptmann, der sie aber nicht gewähren konnte, weil er einen von Hanau erwarteten bewaffneten Zuzug abzuhalten beordert, und seine Mannschaft nicht stark genug war. Der Zeuge glaubt, in dem Angeklagten Ludwig einen von denen zu erkennen, welche im Keller nach Lichnowsky gesucht, und er sagt auf das Bestimmteste aus, daß die Waffe, welche ihm auf die Brust gesetzt worden, so beschaffen war, wie der Karabiner, der ihm vorgelegt wird, und welchen Ludwig geständig ist, am 18. September geführt zu haben. Ludwig erklärt darauf, er habe Niemanden bedroht, und es sei ihm im Gegentheil leid gewesen, daß so Etwas passirt sei.

Es wird nun der ehemalige Aktuar in Bockenheim und jetzige Substitut des Staatsprokurators in Hanau über das Aussehen der Angeklagten zur Zeit ihrer Verhaftung vernommen. Der Angeklagte Pflug widerspricht der gegebenen Beschreibung, aber so sichtlich verlegen, daß ihn der Präsident darauf aufmerksam macht. Es scheint jedenfalls, wie wirr sich auch sonst die Aussagen gegenüberstehen, konstatirt zu sein, daß die Angeklagten seitdem in ihrer äußeren Erscheinung, namentlich in dem Schnitt des Haupt- und Barthaars, wesentliche Veränderungen vorgenommen haben.

Die nächsten Zeugen sind abermals sehr unbedeutend; nun wird ein Handlungsgehülfe vernommen, der Lichnowsky beigestanden, als er bereits zu Boden gestreckt war. Der Fürst hatte ihn um Wasser und um einen Geistlichen gebeten; die Umstehenden hatten ihn aber mit Schlägen fortgetrieben; einem Maurermeister, der später hinzukam, sagte Lichnowsky, er habe fünf Wunden. Dann folgt die Vernehmung eines Zeugen, der, weil er wegen des vorliegenden Verbrechens in Frankfurt sich in Haft und Untersuchung befindet, nicht beeidigt werden kann, des Schneiders Rückert aus Wertheim. Dieser deponirt, Lichnowsky habe auf der Friedberger Chaussee auf das „Volk“, und dann das „Volk“ auf ihn geschossen. Zeuge hat später im Schmidt'schen Hause suchen helfen. Man habe Auerswald im Dachkämmerchen im Bett gefunden, der eine Sporn habe hervorgesehen. Zeuge hat seinen Rock erhalten und mitgenommen. Nochmals wird der Zeuge Pillet vorgerufen und von ihm erklärt, daß er Lichnowsky auf der Friedberger Chaussee fortwährend im Auge gehalten, und daß derselbe nicht geschossen habe. Ein neuer Zeuge meint, er habe, als Lichnowsy am Boden lag, den Angeklagten Dietrich mit einer zerbrochenen Fahne gesehen. Ein weiterer Zeuge ist am Abend nach der That in einem Wirthshause in Bornheim gewesen, und hier ist ein großer Mann mit schwarzem Kinn- und Schnurrbart in blauem Rock vorgetreten und hat gesagt: „Mit dieser Flinte (es war kein Bajonnet daran) habe ich sie alle Beide erlegt.“

Der Staatsanwalt stellt hierauf den bestimmten Antrag, daß die Angeklagten, namentlich Georg und Ludwig, Bart und Haupthaar in der Weise wieder herzustellen haben, wie sie es nach den Zeugenaussagen am 18. September getragen, der Gerichtshof entspricht nach kurzer Berathung dem Antrage und erläßt an die Angeklagten die entsprechende Aufforderung. Diese erklaren sich bereit dazu.

Der letzte heute abgehörte Zeuge weist aus, daß auf dem Schauplatze des Mordes, dem er in einiger Entfernung beiwohnte, erzählt sei, ein Bornheimer Turner und ein Bockenheimer Schütze hätten die That begangen. Ein Mann in Turnertracht hat aber, als Lichnowsky schon am Boden lag, noch mehrmals auf ihn gefeuert. Zeuge hat übrigens den Hut Auerswalds, den Rückert heruntergeschlagen, mitgenommen. (D. R.)

Hanau, 13. April. In der Sitzung der Assisen von heute Morgen erschienen die beiden Angeklagten Georg und Ludwig, dem gestrigen Beschusse des Gerichtshofs gemäß, in ihrer neuen oder vielmehr alten Tonsur. Georg hatte seinen Backenbart scheeren und nur Kinn- und Schnurrbart stehen lassen, Ludwig hatte den ganzen Bart abrasirt und trug sein Haupthaar halblang. Beide sahen auf diese Weise sehr wesentlich verändert, namentlich der letztere weit jünger aus als zuvor.

Der erste heut vernommene Zeuge war der Bürgermeister Steil von Gienheim. Er deponirte, daß in der Nacht vom 17. auf den 18. September um 2 Uhr der Angeklagte Georg zu ihm gekommen sei und ihn aufgefordert habe, am andern Morgen schon um 5 Uhr, damit die Leute nicht aufs Feld gingen, die Bürgergarde zusammenrufen zu lassen, denn sie müsse nach Frankfurt, wo Barrikaden gebaut würden, und „die Rechten in Frankfurt sollten alle an die Orgelpfeifen gehängt werden.“ Der Bürgermeister lehnte jede Mitwirkung ab und ging früh Morgens seinen Geschäften auf dem Felde nach. Georg schickte ihm nochmals den Ortsdiener nach und ließ die Herausgabe des Pulvers und Bleis fordern, welches auf dem Rathhause lag. Der Bürgermeister weigerte auch dies; als er aber später zurückkehrte, waren die Thüren geöffnet, das Pulver und Blei fortgenommen und der Gienheimer Zug abmarschirt. Später hat er gehört, daß Georg, Pflug und Körber bei der Ermordung Auerswalds zugegen gewesen sind. Georg habe übrigens nach dem 18. September seinen Bart abgenommen.

Der Angeklagte Georg bemerkt, er sei in jener Nacht, als er zu dem Bürgermeister gekommen, so betrunken gewesen, daß er nicht wisse, was er zu ihm gesprochen; mit der Abnahme seines Bartes habe es aber eine „sonderbare“ Bewandtniß. Seine Frau sei krank gewesen, er habe deshalb den Kaffee kochen müssen, und als er dazu Feuer angemacht, habe er sich den Bart so versengt, daß er ihn habe abscheeren müssen. Ohne weitere Veranlassung fährt er dann fort: „Ueberhaupt, Herr Präsident, überläuft mich ein Schauder, wenn ich an jenen Tag zurückdenke; wir waren so exaltirt, wollten wieder zu einer Volksversammlung, die auf dem Roßmarkt gehalten werden sollte; es war eine ganz planlose Geschichte; wir wußten nicht, ob es eine bewaffnete sein sollte oder nicht, und dann die Aufhetzereien der Buxweiler!“ Nach dieser Abschweifung erklärt er noch, Pflug habe nur einen Backenbart getragen, „nichts weiter“. Der Präsident fragt ihn, weshalb er hinzusetze: „nichts weiter“, das klingt fast, als sei von dem Bart die Rede gewesen. Der Angeklagte will nichts besonderes damit gemeint haben. Merkwürdigerweise werden aber später noch zwei Gienheimer Zeugen vernommen, welche den Zug nach Frankfurt mitmachten, und diese erklären, daß sie sich von dem ganzen Zuge nur des einzigen Umstandes erinnern, daß Pflug nur einen Backenbart gehabt; was jedenfalls als eine sehr wunderbare einseitige Richtung ihres Gedächtnisses erscheinen muß.

Die Aussagen mehrerer anderer Theilnehmer des Zuges sind völlig unbedeutend; sie geben meistens — ein schlagender Umstand für die ganze Natur des 18. Septembers — an, daß sie gänzlich betrunken gewesen. Ein Schlosser Kraus sagt übrigens aus, daß er auf Georg's Geheiß, welcher Feldwebel in der Bürgergarde gewesen und welchem er deshalb Gehorsam schuldig zu sein geglaubt, die Thüren des Rathhauses und der darin befindlichen Pulverbehälter geöffnet habe.

Der nächste Zeuge ist der Polizei-Expedient Schult aus Bockenheim, welcher mit dem Wagner Windecker, der seinen mit nach Frankfurt gezogenen Sohn suchen und holen wollte, nach Frankfurt gegangen war. Sie gingen nach der Bornheimer Haide. Der Zeuge sieht Auerswald's Leiche im Graben liegen und um sie herum einen Haufen Bewaffneter, von welchen er fünf namhaft macht; von den Angeklagten hat er Niemanden gesehen. Er geht noch zu einigen anderen Haufen, immer um den verlornen Sohn zu suchen. Plötzlich hört er Lärm an dem Platze, wo Auerswald liegt; ein schwarzgekleideter Herr tritt aus einem großen Schwarm Menschen heraus, es fallen zwei oder drei Schüsse, der Schwarzgekleidete geht noch einige Schritte und stürzt dann unter „ungeheurem Jubelschrei“ zu Boden. Der Wagner Windecker bestätigt diese sämmtlichen Aussagen, und hat er in dem Augenblick, wo Lichnowsky erschossen ward, den Angeklagten Dietrich auf der Bornheimer Chaussee gesehen.

Am Schluß der Sitzung wurde die Aussage des Zeugen Gramm aus Frankfurt, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert war, verlesen. Hiernach hat, abweichend von den früheren Zeugnissen, ein großer Mann mit schwarzem Bart und ungewöhnlichem Hut, zwei Schüsse auf Auerswald abgefeuert und einen Schlag mit dem Kolben nach ihm geführt. In der Voruntersuchung vor dem Justizamt Bockenheim hat er den Angeklagten Pflug als diesen Mann recognoscirt.

Die nächste Sitzung findet am Montag statt. (D.Ref.)

Frankfurt a. M., 12. April. Je näher das Ende des Interims kommt, desto trüber wird die Aussicht auf Verlängerung desselben, und wird heute mit Bestimmtheit versichert, daß beim Interim angestellte Personal haben die Anzeige erhalten, daß mit Ende dieses Monats ihre Be-

schäftigung und ihre Emolumente aufhören. Zum Schluß sind die Bundes-Commissäre noch hart hintereinander. Es wird nämlich, dem Vernehmen nach, über die von Preußen mit anderen Staaten abgeschlossenen Militair-Conventionen verhandelt, und da behaupten die Oesterreicher, daß diese Verträge nicht rechtsbeständig seien, weil sie der Kriegsverfassung des deutschen Bundes widersprächen, welche bestimmt, daß kein Bundesstaat, dessen Contingent ein oder mehrere Armee-Corps für sich allein bilde, Contingente anderer Bundesstaaten mit dem seinigen in eine Abtheilung vereinigen dürfe. Die preußischen Bundes-Commissäre läugnen (in diesem Punkte nur) das Bestehen der Kriegsverfassung des Bundes, welche durch den Beschluß der National-Versammlung vom 15. Juli 1848, das Bundes-Contingent auf zwei pCt. der Bevölkerung zu erhöhen, aufgehoben sei. (H. C.)

Altona, 15. April. Der General Bonin hat hier nunmehr eine Ordre aus Berlin erhalten, durch welche er angewiesen wird, sämmtliche aus preußischen Diensten noch nicht definitiv entlassene, in der schleswig-holsteinischen Armee dienende Offiziere sofort abzuberufen. Schon sogleich nach seiner Entlassung hatte der General Bonin, ein Circulairschreiben an die bezeichneten Offiziere erlassen, in welcher er sie kraft einer ihm „Allerhöchsten Orts" ertheilten Ermächtigung aufforderte, sich zur Rückkehr zu ihren resp. Truppentheilen bereit zu halten. Wie es scheint, sind in Berlin noch seit dieser Zeit Versuche gemacht, eine Erlaubniß zu längerem Verbleiben jener Offiziere in unserer Armee zu erwirken, doch ohne Erfolg, wie es sich durch die erwähnte Ordre herausstellt. Der General Bonin wird morgen in Begleitung eines Theils der abberufenen Offiziere nach Berlin zurückkehren. Am empfindlichsten ist der Verlust der Jäger-Corps, denn unter den abberufenen Offizieren befinden sich nicht nur der Chef der Jägerinspektion Oberst v. Zastrow, sondern auch die sämmtlichen Commandeurs der fünf Jägerkorps: von Gersdorf, von Puttkammer, von Stückradt, Schmidt, von Sandrat und außerdem mehrere andere Offiziere, unter ihnen leider auch der Hauptmann v. d. Heide, anerkannt einer der tüchtigsten Offiziere unserer Armee. Geringer ist der Verlust des Infanterie-Bataillons, obwohl auch hier einzelne Commandeurs uns verlassen, wie z. B. Steyber, deren Abgang bedauert wird. Die Artillerie verliert zwar den Chef Oberst Richter und einzelne andere Offiziere, die Verluste dürften indeß um so weniger schwer zu ersetzen sein, als gerade die Artillerie eine Anzahl sehr tüchtiger hannöverscher Offiziere besitzt. Vom Generalstabe kehren mit Bonin zurück die Hauptleute von Blumenthal und von Treskow, von der Kavallerie ist uns der Name von Bismark genannt. Die Zahl der sämmtlich abberufenen Offiziere beläuft sich auf 33. (Voss. Z.)

Kiel, 14. April. Am 10. d. ist eine Verordnung der Statthalterschaft, betreffend die außerordentliche Kriegssteuer von 2 Mill., für die Herzogthümer Schleswig-Holstein erlassen worden.

Eine zweite Verordnung von demselben Tage betrifft die Aufbringung einer Anleihe von 4 Millionen zum Zwecke der Herbeischaffung der Geldmittel für das Kriegswesen. Die Vertheilung der Anleihe über die Commünen geschieht nach dem Landsteuer-Taxationswerthe der Ländereien und dem Brandversicherungswerthe (oder, in gesetzlicher Ermangelung eines solchen, nach dem bei der Ansetzung der Haussteuer ermittelten Taxationswerthe) der einzelnen Gebäude, von denen die Haussteuer verordnungsmäßig zu entrichten ist, nach Einem Procent.

Flensburg, 12. April. Das gestern in der ganzen Stadt verbreitete Gerücht von der Besetzung Gravensteins durch die Dänen scheint sich in nichts auflösen zu wollen und absichtlich ausgesprengt zu sein, da wir sonst heute bestimmte Nachrichten gehabt haben würden. Heute Morgen sind wieder zwei Kompagnien Schweden nach Angeln aufgebrochen. Die Bagagewagen in ihrem Gefolge scheinen auf längere Abwesenheit zu deuten. (N. fr. Pr.)

Flensburg, 14. April. Mit dem Waldemar ist gestern der Commandeur Steen Bille hier angekommen, um die Tiefe unseres Hafens ausmessen zu lassen. Er soll mit dieser Arbeit bereits beschäftigt gewesen sein und sich noch hier an Bord des Holger Danske oder Aegier aufhalten. (Voss. Z.)

Frankreich.

Paris, 13. April. In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird der Bericht über die geheimen Polizei-Ausgaben unter dem Ministerium F. Barrots an die Repräsentanten vertheilt. — Hierauf beginnt die zweite Berathung eines Gesetzes über Einführung einer Hundesteuer. Baune (vom Berge) verlangt den Minister des Innern über die Schließung gewisser Wahl-Versammlungen zu interpelliren. Mit Genehmigung des Ministers entscheidet die Versammlung, daß dies gleich geschehen soll. Baune erinnert daran, daß keine Unordnungen und keine gerichtlichen Verfolgungen aus Veranlassung der Wahl-Versammlungen vor dem 10. März und der letzten Tage Statt gefunden haben. „Wir haben das Bedürfniß, uns aufzuklären. Wir haben der Regierung am 10. März eine Lehre gegeben. Wir wollen diese Lehre am 28. April wiederholen. Wir wollen von dem geheiligten Vereinsrecht Gebrauch machen, um diese Lehre vorzubereiten. Der Minister des Innern, der stets das Vereins-Recht vertheidigt hat, und namentlich bei der Gelegenheit, welche die Februar-Revolution zum Ausbruch gebracht hat, muß schlecht unterrichtet sein, da er diese Wahl-Versammlungen geschlossen hat. Ich bitte um Aufklärung." Baroche antwortet: „Der vorhergehende Redner hat von einer Lehre gesprochen, welche die Regierung am 10. März erhalten hätte. Zehn Wahlkollegien von Frankreich, welche Mitglieder der Opposition zu ersetzen hatten, haben Mitglieder der Majorität in die Versammlung geschickt und eine Wahl außerhalb Paris hat eben so viel Gewicht, als eine Wahl in Paris. (Ja! Ja! auf der Rechten.) Die Volksvertreter repräsentirten ganz Frankreich und nur von der Majorität der Volksvertreter, und nicht von einer einzelnen Fraktion des allgemeinen Stimmrechtes hat die Regierung die Billigung oder den Tadel ihrer Politik zu empfangen. Was die Sache selbst betrifft, so steht das Recht der Regierung zur Verhinderung nicht wirklicher Wahl-Versammlungen gesetzlich fest. Es handelt sich also darum, ob wir in der Anwendung dieses Rechtes gefehlt haben. Die Protokolle der Polizei-Commissäre, die den Wahl-Versammlungen beigewohnt haben, beweisen, daß skandalöse Mißbräuche stattgefunden haben. Es hat sich ferner darin unter dem Vorwande der Wahlen um alle Tagesfragen gehandelt, Frauen und Kinder waren zugegen und statt sich mit der Wahl eines Repräsentanten zu beschäftigen, hat man Abgeordnete zu dem sozialistischen Comitee gewählt, d. h. das allgemeine Stimmrecht auf indirekte und mithin verfassungswidrige Weise ausgeübt. Im zehnten Bezirke hat man einem berühmten Künstler (Elex) vorgeworfen, einen Orden und Werkstätten von der Regierung zu haben und was noch mehr sei, Hauseigenthümer zu sein. Er mußte sich rechtfertigen und wurde doch nicht gewählt. Ein Candidat rühmte sich, im Jahre 1830 auf die Gensd'armerie Jagd gemacht zu haben, dann St. Simonist und ikarischer Communist geworden zu sein, im Februar wieder auf die Municipalgardisten Jagd gemacht und dann die rothe Fahne auf dem Stadthause aufgepflanzt zu haben. Er schloß mit der Versicherung, daß er rothe Ohren von weißen Ohren zu unterscheiden wissen werde, und wurde gewählt. Der Abbé Chatel erklärte das Christenthum für einen tiefen Irrthum. Das Fleisch müsse so gut wie der Geist befriedigt werden; so wolle es der Gott der Natur und der Vernunft. Er schloß mit der Aufforderung: Laßt uns damit anfangen, den Organen des Körpers volle Befriedigung zu gewähren. Zu Montmartre wurden die von der Gerechtigkeit des Landes Verurtheilten für Märtyrer erklärt 2c." Der Minister führt noch einige minder bemerkenswerthe Einzelheiten aus den übrigen Wahl-Versammlungen an und schließt mit der Erklärung, daß er unerschütterlich fortfahren werde, die für die öffentliche Sicherheit gefährlichen Wahl-Versammlungen zu verhindern. Die Majorität bezeugt dem Minister ihren lebhaften Beifall. J. Favre bekämpft den Rechtspunkt und die faktische Nothwendigkeit der Maßregel und sucht nachzuweisen, daß die angeführten Thatsachen theils auf Mißverständnissen, theils auf Uebertreibungen und vielleicht auch theils auf den Umtrieben der geheimen Polizei-Agenten beruhen. Die Aeußerung des Redners, daß die früheren Schmeichler des Volkes sich zu dessen Verfolgern gemacht haben, seitdem der Wind des Glückes nach einer anderen Richtung wehe, veranlaßt den Minister des Innern, sich gegen die auf ihn gerichteten Angriffe und namentlich den von einem Journal ihm gemachten Vorwurf, im März 1848 Vicepräsident eines Clubs gewesen zu sein, zu rechtfertigen. Die ganze Debatte hört hiermit ohne weiteres Resultat auf und die Sitzung wird geschlossen.

Paris, 15. April. Bei der Rückkehr des Papstes nach Rom wird eine Amnestie erwartet, von der nur 70 Personen ausgeschlossen werden sollen. — In der Legislativen wird die Berathung des Budgets fortgesetzt. Am Donnerstage soll die Debatte über das Deportationsgesetz beginnen. (Telegr. Corr.)

Paris, 15. April, Abends 8 Uhr. (Tel. Dep. der D. R.) An der Börse heute große Entmuthigung und starkes Fallen der Renten. Man schreibt dies der Gereiztheit der Regierungs-Organe gegen die Majorität, und besonders gegen die Legitimisten zu.

Eingesandt.

Durch den Beschluß der hiesigen Kaufmannschaft, deren Mitglieder den größten Theil eines Fonds gezeichnet haben, um auf den Vorschlag des Herrn A. Moritz die Bleiweiß-Fabrik in Grabow zu einem Handels-Armen-Institut anzukaufen, soll nunmehr Herr Stadtrath Wellmann gerichtlich angehalten werden, jenes Grundstück zu übernehmen. Herr Stadtrath G. Wellmann, in dessen amtlicher Stellung es schon liegt, jede für die Stadt, zumal für die Armen ersprießliche Unternehmung zu fördern, hat die Erreichung jenes wohlthätigen Zweckes bisher dadurch unmöglich gemacht, daß er seine ²/₃ Antheile an diesem Grundstücke zu verkaufen sich hartnäckig geweigert hat. Nach dem früheren Beschlusse sollte er das Ganze für 26,500 Rtlr. an sich kaufen. Auch dies ist nicht geschehen. In der letzten Versammlung hat nun die kaufmännische Corporation beschlossen, Herrn W. gerichtlich zum Ankauf anhalten zu lassen, die Herren Gutike und Wiesenthal jedoch beauftragt, vorher auf gütlichem Wege Herrn W. zum Verkauf seines Antheils zu bestimmen zu suchen. Zugleich hat man die Hoffnung ausgesprochen, daß die Interessenten ihre Zeichnungen nicht zurücknehmen werden, auch wenn die Bleiweiß-Fabrik zu dem bestimmten Zwecke nicht erstanden würde. Wir wünschen den Bemühungen der Herren Vermittler den besten Erfolg. Wir können nicht im Ernst daran glauben, daß Herr Wellmann seinen Widerstand fortsetzen werde in einer Angelegenheit, in welcher er nicht nur alles Gefühl der Menschlichkeit, sondern auch den gesunden Menschenverstand gegen sich hat, ja sein eigenes Gewissen gegen sich haben muß. Es wird ihm, so hoffen wir, unmöglich sein, seiner Vaterstadt, seinem Stande einen Segen für alle Zeiten zu entziehen; er wird sich nicht verantwortlich machen wollen vor Gott und seinem Gewissen für die Thränen von Wittwen und Waisen, die fließen werden, wenn diese Hülfeleistung ihnen abgeht, die getrocknet werden, wenn jene hier eine Zufluchtsstätte finden. Wir können nicht glauben, daß Jemand die Stirn haben sollte, Angesichts einer Stadt, der er seine Erziehung und seinen hier erworbenen Wohlstand verdankt, Angesichts des 19ten Jahrhunderts einen Akt der Wohlthätigkeit, der für alle folgenden Geschlechter segensreich ist, hindern zu wollen. Stettin hat das Recht, den Herrn Wellmann an's Herz zu fassen und nach den gewissenhaften, redlichen und vernünftigen Gründen zu fragen, die ihn noch ferner bestimmen könnten, die darbenden, verlassenen, weinenden Wittwen und Waisen unsrer oft aus hohem Wohlstande in tiefste Armuth gefallenen Kaufleute brodlos, obdachlos, trostlos zu lassen. Stettin darf wenigstens von dem Manne, der ein so handgreiflich gutes Werk im Keime erstickt, erwarten, daß er noch ganz besondere anderweitige bessere Vorschläge bereit hat und Mittel fließen lassen will, um die zu ihm wie zu allen Wohlhabenden unter bitteren Thränen flehend emporgestreckten Hände der Armuth zu füllen. Stettin darf ihn fragen, ob er sprechen kann und will: Die Thränen der Armuth mögen kommen über mich und mein Haus! Wir erwarten eine befriedigende Antwort. Wir werden nicht eher schweigen, als bis sie uns wird. Wir appelliren an das moralische Gefühl aller unsrer Mitbürger, ob sie es für möglich halten, daß ein Mann, der die Wohlthaten unsres städtischen Wesens lange Jahre mitgenossen hat, sich noch ferner weigern könne, ein gutes Werk zu Stande kommen zu lassen. Wir müßten an der Moralität unserer Mitbürger zweifeln, zweifeln, daß es eine Stimme des Volkes gebe, zweifeln an dem Dasein einer Oeffentlichkeit, wenn diese alle es duldeten, daß heutiges Tages noch eine solche Inhumanität bestehen könnte. Wir müssen uns jedoch wundern, daß die Presse über eine so wichtige Sache so lange schweigen konnte und noch kann. Mögen die Federn, die sich für Alles in der Welt in Bewegung setzen, doch auch für eine ihnen so naheliegende hochwichtige Sache etwas thun.

Einer aus dem Volke.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat $1\frac{1}{2}$ sgr.; frei in's Haus: $2\frac{1}{2}$ sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreispalt. Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 90. Donnerstag, den 18. April. 1850.

Insertionspreis 6. Pf. für die dreispalt. Petitzeile, größere Schriftsorten werden nach dem Raum berechnet.

Einpassirte Fremde.

Den 16. April.

Hotel de Prusse. Gutsbesitzer Jachmann a. Trutenow; Kaufleute Magnus, Jacob, Martens, Holzhändler Stange, Zimmermeister Franck aus Berlin; Oberamtmann Meyer aus Staffelde; Kaufleute Vermehren aus Amsterdam, Goodbody, Pün, Ebeling, Pech aus Frankfurt a. M.

Hotel du Nord. Frau von Enckevorth aus Garz; Kaufleute Schell aus Berlin, Reinecke aus Dresden, Weyerthal aus Crefeld.

Drei Kronen. Amtmann Nobbe aus Pinne; Optiker Strauß aus Aachen; Kaufleute Kupper a. Amsterdam, Hüllmann aus Berlin, Bigalke aus Bromberg.

Hartwigs Hotel. Kaufleute Putzrath aus Insterburg, Vogel aus Greifenberg, Meltzer aus Wroncke; Restaurateur Riedel aus Swinemünde.

Hotel de Petersbourg. Rentier Schritter, Kaufleute Heinze, Reinhardt aus Wollin; Privatmann Kreinacke aus Kopenhagen; Kandidat v. Thielefeld aus Berlin.

Fürst Blücher. Oberamtmann Schünemann aus Caselow; Kaufmann Benjamin aus Stargard.

Deutsches Haus. Student Pospischill aus Greifswald; Uhrmacher Pils aus Bunzlau; Kaufleute Hersdorff, Kreisel, Schultz, Metallwaaren-Fabrikant Lange, Strohhut-Fabrikant Radloff aus Berlin; Restaurateur Riedel aus Swinemünde.

Innere Mission.

Heute Abend öffentlicher Vortrag in der Aula des Gymnasiums vom Predigtamts-Candidat Schwencker.

Wohlthätigkeit.

Für die in der Marienburger Gegend durch Ueberschwemmung Verunglückten sind in der bei der Kämmerei-Kasse veranstalteten Kollekte eingegangen:

1) Die bei der Deputirtenwahl zur ersten Kammer gesammelten 21 Thlr. 6 sgr. 2 pf.; 2) von M. v. M. 5 Thlr.; 3) F. Nies 5 Thlr.; 4) W. 1 Thlr.; 5) F. F. Rosenthal 10 Thlr.; 6) A. R. 2 Thlr.; 7) O. B. M. H. 4 Thlr.

Fernere Spenden zu diesem wohlthätigen Zweck werden in den Vormittags- und Nachmittagsstunden bereitwillig entgegen genommen.

Bekanntmachung.

Der bisherige Preis von 1 Thlr. 9 sgr. für den im Moore zu Carolinenhorst befindlichen Torf 3ter Klasse ist für die bessere Qualität pro Klafter auf 1 Thlr. 2 sgr. 6 pf., für die geringere Qualität pro Klafter auf 22 sgr. 6 pf. herabgesetzt; imgleichen ist der Preis für das Stubbenholz auf 1 Thlr. für die Klafter ermäßigt.

Bestellungen hierauf können täglich im Forst-Verwaltungs-Büreau auf dem Königlichen Schlosse hierselbst abgegeben werden.

Stettin, den 12ten April 1850.

Königliche Regierung; Abtheilung für die Verwaltung der direkten Steuern, Domainen und Forsten.

Zu den diesjährigen Festungsbauten sind noch erforderlich: 189,500 Stück gute Mauerziegel, zum Theil vorzüglicher Hartbrand von den gewöhnlichen Dimensionen, nämlich 10 Zoll lang, 5 Zoll breit und gegen $2\frac{1}{2}$ Zoll dick, 550 Tonnen guter Rüdersdorfer Steinkalk und 205 Schachtruthen gesprengte Feldsteine.

Diese Materialien sollen in kontraktmäßigen Lieferungen beschafft werden, so zwar, daß die ersten Sendungen spätestens Mitte Mai c. erfolgen.

Lieferungslustige, welche aber Selbstproduzenten sein müssen, können schriftlich portofrei ihre Offerten baldigst, und spätestens den 30sten April c., in dem Fortifikations-Bureau abgeben und des Weitern gewärtig sein.

Von den Zieglern müssen Probesteine eingereicht werden. Unter 50 Mille Steine und 100 Tonnen Kalk darf eine Lieferungs-Offerte nicht gemacht werden.

Die Materialien werden auf die resp. Bauplätze oder die Schiffswerfte frei geliefert; der Kalk wird nicht nach Tonnen, sondern nach dem cubischen Inhalte, den er gelöscht ausgiebt, berechnet.

Die Lieferanten haben ihre Forderungen auf cubischen Inhalt gelöschten Kalk zu stellen.

Stralsund, den 10ten März 1850.

Die Königliche Fortifikation.

Berlin-Anhaltische Eisenbahn.

Das geehrte handel- und schiffahrttreibende Publikum benachrichtigen wir hierdurch, daß die Fahrt auf der Strecke des neuen Schiffahrts-Kanals **oberhalb** unseres Bahnhofes schon von jetzt ab gestattet ist, daß mithin Kahnsladungen von Rohprodukten zur Ausladung an dem Bassin dicht an unserem Bahnhofe adressirt werden können.

Berlin, den 6ten April 1850.

Die Direktion.

Fournier, Vorsitzender.

Auktionen.

Die gut conditionirte Bibliothek des seel. Ober-Consistorial-Raths Dr. Koch, circa 3000 Bände aus allen Fächern der Wissenschaften enthaltend, soll

am 20sten April c., Nachmittags 3 Uhr,

kleine Domstraße No. 771 in der Art versteigert werden, daß die ganze Bibliothek ungetrennt zum Gebot gestellt wird.

Der Katalog der Bücher liegt in der hiesigen Nicolai'schen Buchhandlung zur Einsicht bereit.

Stettin, den 6ten April 1850.

Reisler.

Widerruf.

Der am 30sten April c. Breitestraße No. 390 zum Verkauf eines Billards anstehende Termin wird hierdurch wieder aufgehoben.

Reisler.

Vermischtes.

Königsberg, 14. April. Nach dem stets gut unterrichteten „neuen evangelischen Gemeinde-Blatt" haben am zweiten Osterfeiertage in dem Städtchen Landsberg in Ostpreußen ernsthafte Ruhestörungen stattgefunden, die durch das Erscheinen eines Baptistenpredigers Weißt hervorgerufen wurden. Derselbe hatte etwa 40 Personen in einem Wohnhause um sich versammelt, als tumultuirende Haufen vor demselben erschienen und die Aufhebung der Versammlung verlangten. Als diese nicht erfolgte, wurden die Fenster eingeworfen und das Haus gestürmt, bis es endlich den Behörden gelang, die Menge zu beruhigen. Die Stimmung ist dort sehr aufgeregt und es stehen beim Wiedererscheinen dieses Predigers weitere Exzesse zu befürchten.

Marienburg, 13. April. Das Wasser ist in den letzten zwei Tagen so gewachsen, daß die seit Donnerstag aufgestellte Nogatbrücke wahrscheinlich bei noch weiterem Steigen wird abgenommen werden müssen. Es steht jetzt $15\frac{1}{2}$ Fuß. Die Schiffbrücke bildet bei der Auf- und Abfahrt ziemlich zwei Berge ähnliche Höhepunkte, die für schweres Fuhrwerk kaum zu passiren sind; dabei ist der Strom sehr reißend. Bei Dirschau steht das Wasser zwar nicht so hoch, nämlich bis jetzt 14 Fuß 9 Zoll; allein dennoch liegen die beiden Enden der Brücke schon unter Wasser, und sollte dasselbe noch weitere $1\frac{1}{2}$ Fuß wachsen, so treten die Kämpen sämmtlich unter Wasser und die Passage ist wieder von neuem unterbrochen. Nach heute eingegangener Nachricht von Thorn war das Wasser noch im Steigen. (Königsb. Ztg.)

Oderberg, 14. April. Vorgestern ereignete sich bei dem Dorfe Hohensaathen an der neuen Oder folgender betrübender Vorfall. Ein Oderkahn, mit Kalksteinen nach Stettin beladen und von Rüdersdorf durch den Finowkanal kammend, passirte an jenem Tage die hiesige Stadt und gelangte zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags an das zwischen Hohensaathen und dem sogenannten Zoll am Zusammenfluß der alten und neuen Oder befindliche Hohensaathener Fischer-Wehr. Das Fahrzeug, dem Wehr etwas zu nahe kommend, wurde hier von dem heftigen Strudel erfaßt, zuerst mit dem Vordertheil, und nachdem es herumgeschleudert, auch mit dem Hintertheil dergestalt gegen das Wehr geworfen, daß das Fahrzeug sofort sank und auch das ziemlich fest gebaute Wehr hinweggerissen ward. Der Schiffer, welcher das Fahrzeug für Rechnung steuerte, war beim Sinken des Kahns auf das schwankende Wehr gesprungen, aus welcher gefährlichen Lage ihn, zwischen zwei Balken eingeklemmt, Hohensaathener Fischer befreiten, während seine beiden Gehülfen, von denen der eine sein Sohn, noch vorn von der Spitze (Kaffe) des Kahns gerettet wurden. Niemand aber hatte in dem Augenblicke der Katastrophe bemerkt, wo eine vierte Person, ein auf dem Fahrzeug befindlicher Passagier, geblieben war, bis hierüber etwas später ein Schiffer den betrübendsten Aufschluß gab.

Derselbe hatte aus der Ferne dem Unglücke zugesehen, und dabei deutlich wahrgenommen, wie im Augenblicke des Sinkens ein Mensch vom Verdeck in die Kajüte sprang, um vielleicht noch eilig etwas zu retten, und nicht wieder zum Vorschein kam. Eine Rettung war nicht mehr möglich, da der Kahn bereits tief auf dem Grunde des Stromes lag, aus welchem nur einsam der Mast hervorragte. Der Unglückliche ist ein Schifferknecht von der Lastadie aus Stettin und kehrte von einer Reise zurück in die Heimath. Derselbe hatte erzählt, daß seine Frau und Kinder sehnlichst warteten, daß er ihnen etwas von seinem Verdienst bringe. (Voss. Z.)

Köln, 12. April. In dem ein paar Stunden von hier entfernt liegenden Correctionshause Brauweiler ist unter den Detinirten eine Emeute ausgebrochen, zu deren Unterdrückung es des militairischen Einschreitens bedurft hat. Es sollen mehrere der Corrigenten todt geblieben sein. — Wahrscheinlich durch das glückliche Entkommen zweier Militairsträflinge, in den letzten 10 Tagen, den Druck ihrer Unfreiheit noch härter fühlend, haben sich die im hiesigen Militairgefangenhause sitzenden Sträflinge gestern Abend durch tumultuarische Auftritte und Zerschlagen der Fenster einige Luft gemacht. (D. A. C.)

Wien, 13. April. Großes Aufsehen erregt hier ein vor zwei Tagen vorgekommenes Ereigniß. Es wünschte nemlich ein christliches Mädchen einen jungen jüdischen Kaufmann zu heirathen. Da gegen die Ehe dieser beiden Liebenden von Seiten der Eltern des Mädchens Einwürfe erhoben wurden, so verließ sie in Begleitung ihres Freiers das Elternhaus mit Hinterlassung eines Briefes, in welchem sie kundgiebt, daß sie mit ihrem Verehrer nach Hamburg reise, und dort zum Mosaismus übertreten, sodann aber sich mit demselben verehelichen werde. (Schles. Ztg.)

— Man schreibt aus Wien: Gleichwie in Bayern und Tyrol, so finden auch in gewissen Zeiten in Kärnthen Christi-Leiden-Spiele im Freien statt. Eine solche Vorstellung erfolgte nun auch am 7. d. M. in der Pfarre St. Georgen (bei Klagenfurt) auf einer großen Wiese unter freiem Himmel, wobei wohl 6—7000 Menschen versammelt waren. Ein Berichterstatter dieser seltsamen dramatischen Vorstellung ergeht sich in sehr bittern Bemerkungen über die Herabwürdigung, welche der Religion dadurch widerfährt, namentlich über das Erscheinen der Magdalena als Freudenmädchen, wie sie ihre Kleider vor dem Publikum wegwirft, so daß man erwarten könne, sie werde bald in dem Kleide der Eva im Paradiese stehen. — Auch wird über den Unfug geklagt, der gleichwie in den beiden erstgenannten Ländern auch in Kärnthen mit einem Wunderorte, der Pfarre Pockersdorf (2 Stunden von Klagenfurt) getrieben wird. In einem Wäldchen daselbst wird ein Baumstock gezeigt, wo Maria mit dem Christuskindlein am Arme gesessen haben soll. Ungeheure Schwärme Bethörter, selbst aus den entfernteren Kronländern, kommen dort zur Verehrung zusammen. Allein bei Nacht soll dieses Wäldchen sehr stark an die heidnischen Haine und die darin gefeierten heidnischen Feste mahnen.

Preßburg, 15. April. In Kottendorf, 2½ Stunden von Preßburg entfernt, stürzte am Abende des ersten Passahtages (jüdisches Osterfest,) aus dem Hause des dortigen jüdischen Schlächters ein christliches Aufwartmädchen mit einem Messer in der Hand und erklärte der zusammengelaufenen Menge, der Jude habe sie schlachten wollen, weil er christliches Blut zum Osterfest brauche und nur mit unsäglicher Mühe habe sie sich gerettet, dem Schlächter sein Messer entwindend, das sie nun zum Beweise gegen denselben brauchen wolle. Die hiedurch bis zur Wuth aufgestachelte Menge war eben daran ins Haus zu dringen, um die ganze Familie des Angeklagten ihrer Rache zu opfern, als der Pfarrer erschien und die Tobenden mit Mühe veranlaßte, von ihrem Vorhaben abzustehen, indem er ihnen vorstellte, dem strafenden Gerichte nicht vorzugreifen, und indem er dahin wirkte, daß die ganze Familie in seinem eigenen Hause gefangen gehalten wurde, weil der humane und gebildete Geistliche sie dort am geschütztesten wußte. Die militairische Gerichtsbarkeit eines größeren Ortes in der Nähe war indessen nach einigen Stunden eingeschritten, hatte die Menge zum Nachhausegehen genöthigt und das Mädchen eingezogen, die anfänglich bei ihrer Aussage verharrte, aber nach Anwendung energischer Mittel Folgendes gestand: „Der christliche Fleischhauer des Ortes habe sie, aus alter Feindschaft gegen den Schlächter, bewogen, diese Rolle zu spielen, indem er ihr versprochen, sie nach gelungener That zu ehelichen und ihr überdies 200 Fl. C.-M. zugesagt, welche er ihr auch gezeigt. (Köln. Ztg.)

London, 11. April. Nach der „Brighton Gazette" lebt zu Southampton noch ein ehemaliger Gefährte des Weltumseglers Cook. Derselbe ist 99 Jahre alt, noch vollkommen gesund, war bei Cooks Tode gegenwärtig, und erhielt dabei selbst eine Spießwunde durch einen der Insulaner.

— Folgende Scene kam kürzlich vor dem Schwurgericht zu Townhall, Gravesend, vor: Nachdem der Recorder die Geschworenen ermahnt hatte, dem Beklagten, wenn sie den leisesten Zweifel an seiner Schuld (ein Stück Fleisch gestohlen zu haben) hegten, diesen Zweifel zu Gute kommen zu lassen, berieth die Jury sehr eifrig, zischelte, nickte und sprach endlich das Schuldig aus, empfahl ihn jedoch der Gnade — Der Recorder fragte erstaunt: „Weshalb?" worauf der Vormann der Geschworenen erklärte: „Weil wir ihn nicht für den Rechten halten. Es ist nicht völlig erwiesen, daß der Beklagte der Thäter ist" — Recorder: „Ich sagte Ihnen schon, daß ein etwaiger Zweifel an der Identität dem Beklagten zu Gute kommen müsse. — Vormann: „Wohlan denn, wir finden ihn schuldig." — —

Getreide-Berichte.

Stettin, 17. April.

Weizen, 46—52 Thlr.

Roggen, in loco für 87pfünd. 26⅓ Thlr., pro Frühjahr für 82pfd. 25¾ bis 25½ Thlr., für 86pfd. 26 Thlr., pro Juni—Juli für 82pfünd 26¼ Thlr., für 86pfünd. 27 Thlr., und pro Septbr.—Oktbr. 27¼—27 Thlr. bez.

Gerste, in loco für große Waare 22 Thlr bez.

Hafer, 15—17½ Thlr.

Erbsen, 27—35 Thlr.

Rüböl, rohes, pro Septbr.—Oktbr. 10$\frac{13}{24}$—10½ Thlr. bez.

Rapps und Rübsen im Verbande auf Lieferung pro Juli—Aug.—Sept. von der neuen Erndte mit 66 Thlr., für Winter-Rübsen vom 15. August bis ult Septbr. 65 Thlr. bezahlt.

Spiritus, roher, in loco ohne Faß 25½ %, pro Juni—Juli 25⅓—25 %, pro August 24¼ % bez.

Zink, schles., in loco 4¾ Thlr. pr. Ctr. bezahlt.

Landmarkt-Preise:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
47 a 49	26 a 27	19 a 20	15 a 17	32 a 36 Thlr.

Berlin, 17 April.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 45—51 Thlr.

Roggen, in loco 25 — 26½ Thlr., pro Frühjahr und pro Mai—Juni 24½ Thlr. Br., 24¼ G., pro Jun.—Juli 25 Thlr bez., Br. u. G., pro Juli—Aug. 25½ Thlr. Br., 25¼ G., pro Sept.—Oktbr. 26½ Thlr. Br., 26¼ G.

Gerste, große, in loco 19—21 Thlr., kleine 17—19 Thlr.

Hafer, in loco nach Qualität 16—18 Thlr., pro Frühjahr für 50pfünd. 16 Thlr. Br., 15½ G.

Erbsen, Kochwaare 29—32 Thlr., Futterwaare 26—27 Thlr.

Leinöl, in loco 11$\frac{7}{12}$ Thlr. Br., 11½ bez., pro April—Mai 11$\frac{1}{12}$ Thlr. Br., 11 G.

Rüböl, in loco 11$\frac{5}{12}$ u. 11⅓ Thlr. verk., 11⅓ Br., pro April 11⅓ Thlr. Br., 11¼ bez. u. G., pro April—Mai 11⅛ u. $\frac{1}{12}$ Thlr. verk., 11$\frac{1}{12}$ Br., 11 G., pro Mai—Juni 10¾ u. ⅔ Thlr. verk., 10¾ Br., ⅔ G., pro Juni—Juli 10⅔ Thlr. Br., 10$\frac{7}{12}$ G., pro Juli—August 10$\frac{7}{12}$ Thlr. Br., 10½ G., und pro Septbr.—Oktbr. 10$\frac{7}{12}$ u. ½ Thlr. verk., 10½ Br. u. G.

Spiritus, in loco ohne Faß 14⅞, 14¾, $\frac{7}{12}$, ⅓ u. 14¼ Thlr. verk., mit Faß pro April und pro April—Mai 14$\frac{1}{12}$ Thlr. bez., Br. u. G., pro Mai—Juni 14$\frac{5}{12}$ Thlr. bez. u Br., 14⅓ G., pro Juni—Juli 14⅔ u. $\frac{7}{12}$ Thlr. verk., 14¾ Br., 14$\frac{7}{12}$ G, pro Juli—August 15⅙ u 15 Thlr. verk., 15$\frac{1}{12}$ Br., 15 G., 15½ nominell.

Berliner Börse vom 17. April.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw. Anl.	5	106	—		Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{4}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	$86\frac{1}{2}$	86		Kur- & Nm. do.	$3\frac{1}{2}$	96	—	
Seeh. Präm-Sch.	—	—	$102\frac{7}{8}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	104	—		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	—	$92\frac{1}{2}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$	—		—				
Grosh. Posen do.	4	$100\frac{7}{12}$	—		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{5}{8}$	—		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{4}$	$92\frac{3}{4}$		Disconto	—	—	—	

Ausländische Fonds.

Russ. Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$95\frac{3}{4}$	—
do. b. Hope 3. 4. S.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	$80\frac{3}{8}$	—
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	$122\frac{1}{2}$	—
do. Stiegl. 2. 4 A.	4	$91\frac{1}{4}$			Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—
do. do. 5 A.	4	$90\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—
do. v. Rthsch. Lst.	5	$109\frac{1}{2}$	—		Holl. 2½ % Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—
do. Poln. Schatz O.	4	$79\frac{3}{4}$	—		Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	$32\frac{1}{4}$
do. do. Cert. L. A.	5	$92\frac{1}{2}$	—		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	$17\frac{1}{4}$		N. Bad. do. 35 Fl.	—	18	—
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	$96\frac{1}{4}$	—					

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr. 48	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	4	89 bz.
do. Hamburg	4	—	75 bz. u G.
do. Stettin-Stargard	4	—	$102\frac{3}{8}$ a $\frac{1}{8}$ bz u G.
do. Potsd.-Magdebg	4	—	$64\frac{1}{2}$ a $\frac{3}{8}$ bz.
Magd.-Halberstadt	4	7	142 B.
do. Leipziger	4	10	—
Halle-Thüringer	4	2	$64\frac{3}{4}$ bz. u G.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$93\frac{3}{4}$ a $\frac{1}{2}$ bz.
do. Aachen	4	5	40 bz. u G.
Bonn-Cöln	5	—	—
Düsseld.-Elberfeld	5	—	78 B
Steele Vohwinkel	4	—	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$82\frac{1}{2}$ a $\frac{7}{8}$ bz.
do. Zweigbahn	4	—	—
Oberschles. Litr. A	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	104 bz.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	$6\frac{1}{8}$	$102\frac{3}{4}$ bz.
Cosel-Oderberg	4	—	69 G.
Breslau-Freiburg	4	—	—
Krakau-Oberschles.	4	—	67 bz.
Bergisch-Märkische	4	—	$39\frac{1}{4}$ G.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$82\frac{1}{3}$ bz.
Brieg-Neisse	4	—	—
Quittungs-Bogen.		Einz.	
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	—
Aachen-Mastricht	4	30	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.			
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—
Pesther 20 Fl.	4	90	—
Fried.-Wilh.-Nordb	4	90	$38\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{8}$ bz.

Prioritäts-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl.-Anhalt	4	95 bz. u B.
do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	101 bz.
do. Potsd.-Magd	4	$92\frac{1}{2}$ B.
do. do	5	$101\frac{1}{2}$ bz. u B.
do. Stettiner	5	105 B.
Magdb.-Leipziger	4	99 G.
Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	$98\frac{1}{8}$ bz. u G.
Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$101\frac{3}{4}$ G.
Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
do. 1 Priorität.	4	89 B.
do. Stamm-Prior	4	77 B.
Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl.-Märkisch.	4	95 bz.
do. do.	5	104 B.
do. III Serie	5	$102\frac{1}{2}$ B.
do. Zweigbahn	$4\frac{1}{2}$	—
do. do.	5	—
Oberschlesische	4	—
Cosel-Oderberg	5	—
Steele-Vohwinkel	5	$96\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg	4	—
Ausl. Stamm-Actien.		
Dresden-Görlitz	4	—
Leipzig-Dresden	4	—
Chemnitz-Riesa	4	—
Sächsisch-Bayerische	4	—
Kiel-Altona	4	—
Amsterdam-Rotterdam	4	—
Mecklenburger	4	33 B.

Barometer- und Thermometerstand

bei C. F. Schultz & Comp.

April.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	16	334,26‴	334,03‴	332,64‴
	17	332,90‴	334,31‴	335,07‴
Thermometer nach Réaumur.	16	+ 5,0°	+ 14,2°	+ 9,2°
	17	+ 7,8°	+ 11,6°	+ 9,2°